



anfangen kann, was man will. Die Arbeit ist ja sehr leicht, da die Angegriffenen nicht zugegen sind und der Referent von furchtbaren Gefahren für den Verein zu reden weiss. Er hat natürlich »Eindruck gemacht« und die einstimmige Annahme einer Resolution ist gesichert.

Sonderbar, höchst sonderbar ist, dass kein Kollege sich sagt, dass, wenn dies alles wahr wäre, man an der gesamten Arbeiterschaft verzweifeln müsste, weil weder der Stuttgarter Gewerkschaftskongress, noch die Berliner Lithographenfiliale, noch die Berliner Gewerkschaftskommission, noch die übrigen Berliner Vereinsfilialen, welche mich wirklich kennen, die geringste Veranlassung genommen haben, sich aufzuregen. Das beweist zur Genüge, dass die erregten auswärtigen Kollegen das Opfer einer zielbewussten Agitation um ganz bestimmte Zwecke geworden sind und dass darum die auf solchem Boden erwachsenen Resolutionen keine wesentliche Beachtung beanspruchen können.

Was man auf Zeitungsnотizen geben kann, zeigt folgender Vorfall auf dem soz. Parteitag in Hannover. Hier behauptete Fendrich, Liebknecht habe Bernstein in einer Rede zu Pieschen Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen und denselben einen Strohhalm und Esel genannt. Darauf erklärte Liebknecht, dass er weder diese noch andere für Bernstein verletzende Worte gebraucht habe und ihm dieselben nur von Zeitungen unterschoben seien. Es ist daher nicht nur eine Leichtfertigkeit sondergleichen, sondern geradezu ein Betrug gegenüber den Zuhörern, wenn man beliebige Zeitungsnотizen über Vorträge von mir in meiner Abwesenheit verwendet, ohne sich bei mir über die Richtigkeit derselben informiert zu haben. Einem solchen Unfug sollte in jeder Versammlung entgegengetreten werden.

Obwohl ich nun glaube, dass durch meine erste und durch die Vorstandserklärung über die strittigen Hauptpunkte genügende Aufklärung gegeben sei, werde ich doch noch ersucht, auf einige Vorkommnisse näher einzugehen. Dazu gehört meine kritische Bemerkung über Kollegen Niemeyer im Artikel »Arbeitslos« in der »Gr. Pr.« No. 6, welche drei Wochen nach dem Vorkommnis erschienen ist und in der Name und Stadt gar nicht genannt war. Darüber habe ich mich weidlich in der am 14. April d. J. stattgehabten und zur vollen Befriedigung beider Teile beendigten Versammlung in Hannover ausgesprochen, sodass man sich wundern muss, dass man solche Lappalien noch einmal hervorholt. Natürlich bringt man jetzt eine ganz neue Argumentation, welche aber auch ganz bedeutungslos ist.

Das Urteil des Herrn Fettback über die damalige »Führung« in Hannover war schon vorher fertig und wurde von den paar Sätzen gar nicht beeinflusst. An diesem Urteil war hauptsächlich N. schuld und wird es ihm bei verständigen Kollegen niemals gelingen, diese Schuld auf andere abzuwälzen. Wenn N. sich dem Ansinnen Fettbacks, die Arbeitszeit vorübergehend für alle Arbeiter des Betriebes zu verkürzen, um Entlassungen zu vermeiden, mit der grössten Schärfe widersetzt, kann er wohl kaum auf seine »Brauchbarkeit« besonders stolz sein. Nun aber die Hauptsache. Seit wann beschwert man sich in der freien Gewerkschaftsbewegung über öffentliche Kritik? Wird sie doch in derselben jahraus jahrein geübt, ohne darüber zu fragen, was andere dazu sagen. Warum verlangt man plötzlich konservative Vertuschungspolitik? Dem Kollegen N. gegenüber war diese Kritik besonders nötig und sie scheint ihn auch kuriert zu haben. Die Öffentlichkeit der Kritik ist ein Ruhmesblatt der Neuzeit, um das wir uns von N. nicht bringen lassen dürfen. Auf einem soz. Parteitag sagte Bebel von Bernstein, er habe das Denken verlernt, was er in einer bestimmten Sache ausführe, sei unwarh und seine Versuche wären ein kindliches Unterfangen. Das ist noch viel mehr, als was ich von N. behauptet habe. Wenn nun der damals abwesende Bernstein sagen wollte: Bebel hat meine öffentliche Stellung erschüttert und die Achtung vor meiner Person verletzt, so dass ich nicht mehr mit Erfolg weiter wirken kann, würde man ihn auslachen. Es ist das ein Jammer, wenn ein Kollege andererseits beinahe weint, weil ein Unternehmer aufgebracht war.

Die »Briefschreiberei« mit Herrn Fettback liegt sehr einfach. Ich habe einmal im Briefwechsel gestanden, wo Herr F. Lehrlingsbrochüren bestellte und zweimal auf Veranlassung Silliers bei Differenzen an Herrn F. geschrieben. Dass nun gerade Menke die »mehrfachen« Briefe, welche von hier aus an Herrn F. gingen, beklagte, ist besonders interessant. Es schrieb nämlich derselbe Kollege Menke am 15. März d. J. an Kollegen Sillier: »Möchte an Sie das Ersuchen richten, sofort an Fettback einen Brief zu richten und ihm mitzuteilen, dass sein Vorgehen ungesetzlich ist. Unternehmen Sie Ihnen passend erscheinende Schritte, aber bitte sofort.« Diesem Ansuchen wurde nun entsprochen und später — schimpft M. darüber, dass es geschehen ist. Hieraus erklärt sich auch der spätere Brief wegen dem dritten Pfingstfeiertag, da der Vorstand trotz unbegreiflicher Befehlsgaue in Hannover jederzeit die Rechte dortiger Kollegen unterstützen wollte. Auch M. hat also wie N. eine sehr widerspruchsvolle Praxis. Das sind dann die Gewährsmänner, auf die man Protestresolutionen aufbaut!

Ueber die Neutralität will ich heute kein Wort weiter verlieren, da ich mich hierüber schon früher genügend ausgesprochen habe. Nur einen Satz aus No. 28 der »Gr. Pr.« von den »Verwaltungen beider Filialen Hannover« möchte ich anführen, welcher lautet: »Wir sind noch nie etwas anderes gewesen, als ein Teil der sozialdemokratischen Partei; obgleich wir uns neutral nennen, so werden wir doch nimmermehr eine unsozialdemokratische Gewerkschaft bilden.« Ob es in der Welt etwas konfuseres giebt? Das ist die jetzt auf einem »Triumphzug« gepredigte Neutralität. Wenn diese Anschauung zur offiziellen Vereinssache gemacht werden würde, müsste man alle nichtsozialdemokratischen Kollegen auffordern, aus dem Verein auszuschneiden, bezw. demselben niemals beizutreten. Sie würden ja Mitglieder zweiter Klasse sein, welche zwar als stumme Zahler und Mitläufer geduldet werden, aber nichts mitzureden haben. Man »arbeite« nur in diesem Sinne weiter, die Früchte dieser Weisheit werden nicht ausbleiben.

Die Stellungnahme gegen den Vortrag des Herrn Fettback war geboten, sie ist aber in einer sehr bedauerlichen, persönlichen Weise erfolgt. Eine derartige Taktik bringt uns nicht nur keinen Schritt vorwärts, sondern muss uns rückwärts bringen. An dieser Kampfweise gegen Arbeitnehmer konnten überhaupt nur die Herren Dr. Gerschel und Genossen einerseits, sowie die Kollegen Herbst und Günther andererseits ihre Freude haben. Ohne Zweifel ist damit auch die Ausführung der Generalversammlungsbeschlüsse in Halle sehr erschwert, vielleicht auf viele Jahre hinaus ganz unmöglich gemacht werden.

Schliesslich noch etliche Worte zu meiner Kritik der Sozialdemokratie, welche mir Kollegen, welche selbst alles kritisieren, übel zu nehmen scheinen. Zunächst sei hervorgehoben, dass ich auch sehr viel Lob für diese Partei übrig habe und sich meine Kritik gegen Programmpunkte und Bestrebungen richtet, welche mit der Gewerkschaftsbewegung gar nichts zu thun haben. Es ist nun ein durchaus Stumm'scher Grundsatz, dass man nur sagen dürfe, was die »Macht« erlaubt und man wegen weitergehender Äusserungen hinausfliegen müsse. Wer noch für eine Spur von persönlicher Freiheit zu haben ist, muss diesen Standpunkt bekämpfen. — Interessanter ist aber die Thatsache, dass man einerseits von einer »mächtigen, unüberwindlichen Partei« spricht, andererseits dagegen in Aufrege gerät, wenn ein Mäuslein an etlichen Parteigrundsätzen nagt. Hat man gar kein Gefühl mehr für die Lächerlichkeit, in die man hierdurch seine eigene Sache hineinversetzt? Ist es da nicht richtiger, was der Abgeordnete Fendrich auf einem sozialdemokratischen Parteitag sagte: »Warum sollen wir nicht gelten lassen, was auf anderem Felde wächst? Wir sind eine zu grosse Partei, als dass uns die Furcht anstände, es könnte uns von anderer Seite das Heft aus den Händen genommen werden. Es ist Kleinmut, wenn wir den Gegner nicht vornehm und würdig behandeln wollten. Da, wo wir das Gefühl der Ueberlegenheit haben sollten, da haben wir nicht, und wo wir es nicht haben sollten, da haben wir's.« Und weiter sagt er: »Wir haben eben auch einen Dogmenglauben. Es steht bei vielen Genossen so wie bei den gläubigen Katholiken, wenn die Unfehlbarkeit des Papstes bestritten wird. Es hat viele Denker gegeben, die erst toegeschlagen worden sind und deren Idee sich gerade dann als bahnbrechend erwiesen haben.«

Wer dies für eine Kulturbewegung sehr beachtenswerten Sätze aufmerksam durchliest und durchdenkt, wird ohne weiteres klar darüber werden, dass die Bekämpfung meiner Person von ungemein kleinlicher Natur ist und viele Kollegen bedauerlicher Weise in eine ganz unwürdige Kampfesweise hineingezogen worden sind. Uebrigens könnte ich dann eben so gut mit dem Anspruch hervortreten, dass kein Mitglied unseres Vereins die Partei, welcher ich angehöre, kritisieren dürfte, wenn die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft die Verpflichtung mit sich bringen sollte, ausserhalb derselben auf jede Kritik anderer Parteien zu verzichten. Ueber meine Parteigruppe wurde von Kollegen sogar in meiner Anwesenheit innerhalb der Gewerkschaft schon manches unschöne Wort gesagt, und ich habe mich darüber nirgends beklagt. Gewiss habe ich auch im Streit manches scharfe Wort gebraucht, aber das passiert Jedermann, auch krümmt sich jeder Wurm, wenn er getreten wird. Liebknecht sagte einmal: »Ein hitziger Zeitungsartikel, eine heftige Rede — was will das sagen? Das ist doch nicht die Partei! Und so waren die Protestversammlungen glücklicherweise auch nicht »der Verein«, dem ich bisher mit viel Kraft und Zeit gedient habe, und dessen Interesse ich auch vertrete, wenn ich den Resolutionen keine erhebliche Bedeutung beilege.

Berlin.

Chr. Tischendörfer.

#### Anträge des italienischen Lithographenbundes zur Beratung auf den Berliner Kongress.

Ändernde den zweiten Artikel der vorliegenden Statuten des Sekretariats folgendermassen ab:

»Materielle Unterstützungen mittels obligatorischer wöchentlicher Beiträge, deren Höhe vom Sekretariat selbst, je nach der Wichtigkeit der Bewegung, zu bestimmen ist, sollten denjenigen Arbeitern geleistet werden, welche kämpfen, um ihre Verhältnisse zu verbessern, damit sie nicht entmutigt

werden und die Hoffnung auf ein günstiges Resultat ihres Strebens nicht verlieren. Die Beiträge sollen während der ganzen Dauer des Ausstandes erhoben werden.«

\*Wenn die beantragte Abänderung obigen Artikels angenommen wird, so wird es nötig sein, den vierzehnten Artikel über Erklärungen von Ausständen folgendermassen abzuändern:

§ 14. Jeder offensive Ausstand ist ausgeschlossen, ohne die bisherige Beistimmung des internationalen Sekretariats. Jede Organisation, bevor sie einen offensiven Ausstand erklärt, ist verpflichtet, dem Sekretariat einen ausführlichen Bericht über die Beweggründe desselben, die Anzahl der daran beteiligten Städte, Anstalten und Arbeiter, die zur Unterstützung der Bewegung erforderliche wöchentliche Summe und die zur Verfügung der Organisation stehenden Geldmittel, einzusenden. Das internationale Sekretariat soll den anderen demselben angehörigen Organisationen aller Länder die betr. Ausführungen vertrauensweise sofort mitteilen und die Höhe des von jeder Organisation obligatorisch zu bezahlenden Beitrages festsetzen. Die auf diese Weise eingesammelten Summen sind sofort an die ausländischen Arbeiter zu richten, und müssen diese dem Sekretariat Empfang von den eingegangenen Summen anzeigen. Der Ueberschuss der Beiträge soll an die internationale Streikkasse bezahlt werden.

2. Antrag. Die Gemeinschaftlichkeit der Verbände sollte derart anerkannt werden, dass, wenn ein Mitglied ins Ausland geht und die nötigen ordnungsmässigen Mitgliedschafts-Titel aufweist, er in den betreffenden ausländischen Verband aufgenommen werden soll und zwar mit Anrecht auf jegliche Unterstützung je nach dem Fall. Um solches zu ermöglichen, soll der 28. Artikel der Statuten entsprechend abgeändert werden.

3. Antrag. Das Sekretariat soll eine statistische Abteilung besitzen, bei welcher man sich genaue Auskünfte über Gebräuche, Organisations-Methoden, Streikwesen und die wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern holen kann. Alle diese Anträge sind Sachen, die gründlich studiert werden sollten und zwar zum Zweck, einen Vergleich der Behandlung und finanziellen Verhältnisse der graphischen Fachleute in den verschiedenen Ländern ziehen zu können.

4. Antrag. Damit die Amtsgeschäfte des Sekretariats verrichtet werden können, ist es nötig, den Schriftführer zu besolden und sollte derselbe in dem Fall sich ausschliesslich mit den Angelegenheiten seines Amtes befassen.

#### Nachtrag.

Empfehlungen des Zentralvorstandes des internationalen Sekretariats bezüglich der dem Berliner Kongress vorzuliegenden Anträge.

13. Keine Meinung ausgedrückt.
14. Wenn sehr gute Gründe zur Abänderung nicht angegeben werden, so wären wir abgeneigt, eine Abänderung vorzunehmen.
15. Keine Meinung ausgedrückt.
16. Wir empfehlen das Ausstreichen der Wörter »und obligatorisch«. Englisch Art. (c) 4. Zeile.
17. Wir empfehlen die Annahme dieses Antrages bei Ersetzung von £ 50 durch £ 100. Der letzte Satz sollte unserer Meinung nach gänzlich ausgestrichen werden.
18. Wir empfehlen, alle diese Einzelheiten in einem Exemplar drucken zu lassen.
19. Wir empfehlen die Annahme dieses Antrages.
20. Angesichts der grossen Unterschiede zwischen den Satzungen der dem Sekretariat angehörigen Verbände sind wir der Meinung, dass der in den drei letzten Zeilen »und geniessen — — — — —« enthaltene Antrag unannehmbar ist.
21. Wir halten dessen Annahme für wünschenswert.

22. Wir empfehlen das Prinzip des Art. (d) zur Annahme unter der Bedingung, dass derselbe derart umgearbeitet sei, dass der Verband, für dessen Rechnung die Zahlung erfolgt, verpflichtet ist, dem Sekretariat den Betrag desselben völlig zurückzuerstatten.

23. Unserer Meinung nach sollte ein Mitglied Anspruch auf dieselbe Unterstützung haben, wie es von seiner Mutter-Organisation während des ersten Jahres bekommen könnte, unter der Bedingung, dass alle ihm geleisteten Unterstützungen von letzterer zurückbezahlt worden seien. Ferner, wenn das betreffende Mitglied dem Verband, welchem es beigetreten ist, Beiträge für ein ganzes Jahr bezahlet hat, so sollte es Anrecht auf die von demselben gewährten Unterstützungen haben. Art. 28 (j).

29. Wir finden diesen Antrag noch nicht reif zur Erwägung. Er könnte vielleicht vorteilhaft den Gegenstand der Beratungen eines zukünftigen Kongresses bilden.

37, 38, 39, 40 und 41. Italienische Anträge. — Diese Anträge kamen uns zu spät zu, so dass wir noch kein Urteil darüber gefasst haben.

London, am 29. Juli 1902.

Chas. Harrap, Schriftführer.

#### Italienischer Lithographenbund.

Um Ihnen eine Idee der stetigen Fortschritte unseres Bundes zu geben, brauchen wir Ihnen nur zu sagen, dass während 1900 unsere Mitgliederzahl

535 war, dieselbe am 31. Dezember 1901 980 erreichte. Heute ist die Zahl noch grösser, Dank der Propaganda, welche in jeder Provinzialstadt sowohl klein als gross unter unserem Banner betrieben wird. Ausser den Sektionen, die schon existierten, nämlich Bergamo, Brescia, Bologna, Florenz, Luna, Postoia, Livorno, Genua, Sampierdarena, Torino, Udine und Lequano haben wir vier andere geschaffen, nämlich in Rom, Bari, Alessandria und Treviso. Noch andere sind im Begriffe, gegründet zu werden und alles lässt hoffen, dass in kurzer Zeit sämtliche Lithographen sich unter einer einzigen Fahne, d. h. »der des italienischen Lithographenbundes« reihen werden. Bezüglich der von ihnen verlangten Auskünfte über unsere moralischen und materiellen Fortschritte werden wir Ihnen in einigen Tagen einige Exemplare unserer jährlichen Bilanz einsenden, mit welcher Sie sich über die Thätigkeit des Bundes orientieren werden können.

Zum Schluss geben wir Ihnen nachstehend einen möglichst kurzen Bericht über unseren seit kurzem stattfindenden Streik am 2. November 1901 in Mailand.

Nachdem wir den Patronen unsere Tarife unterbreitet, wurden von denselben die darin befindlichen Forderungen zurückgewiesen. Es wurde daher nötig, einen Streik zu erklären. Die Mailändischen Kollegen legten bei dieser Gelegenheit die lobenswerthesten Proben ihres Solidaritätsgeistes ab und bewährten sich wunderschön. Während 12 Tage stellten 801 Gehilfen und 500 Jungen die Arbeit ein, bis die Prinzipale sich vernünftlicher erwiesen und die Satzungen der befolgenden Tarife für Mailand angenommen wurden.

Die zur Unterstützung der Bewegung ausgegebene Summe betrug Lire 13677.55. Die zur Unterstützung der vom Streik betroffenen nur zu zahlreichen Menschen vom 3. Dezember 1901 bis 30. April 1902 ausgegebene Summe betrug Lire 4573.70. Die Gesamtausgaben waren also Lire 18251.55.

Die vom Auslande durch Vermittelung des Sekretariats für den Streik erhaltenen Summen waren folgende:

London	Fres.	1786.40
Berlin	„	615.76
Paris	„	1099.10
Basel	„	150.00
Kopenhagen	„	200.00
Graz	„	1049.30
Beiträge eingegangen von den verschiedenen Sektionen in Italien		Lire 2672.00
Total:		Lire 7772.36

Wenn obige Summe von dem Gesamt-Betrag der geleisteten Unterstützungen abgezogen wird, nämlich Ausgaben für Unterstützungen . . . . . Lire 18250.25  
Einnahmen für Streikzwecke . . . . . „ 7772.30  
Entsteht ein Defizit von . . . . . Lire 10472.00

Diese Summe wird der Zentralkasse mittelst der wöchentlichen Extrabeiträge der Kollegen stufenweise zurückerstattet. Die zuerst in Mailand angefangene Bewegung muss sich eventuell nach allen unseren Sektionen ausdehnen und ist es daher leicht begreiflich, was für Opfer wir noch bringen und vielleicht dabei die internationale Solidarität in Anspruch nehmen werden müssen.

Für den Vorstand  
G. Colombo.

## Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

**Berlin, Filiale I. Quartals-Versammlung vom 31. Juli.** Tagesordnung: 1. Kassenbericht; 2. Vortrag von Dr. Arons: Der Schnaps und die Arbeiter; 3. Diskussion; 4. Verschiedenes. Kollege Borisch gab folgenden Kassenbericht: Einnahme: 9173 Wochenbeiträge à 50 Pf. = 4586.50 Mk., 345 Wochenbeiträge à 40 Pf. = 138. — Mk., 55 Eintrittsgelder à 50 Pf. = 27.50 Mk., Summa 4752. — Mk. Ausgabe: An die Hauptkasse 1432.22 Mk., Reiseunterstützung 291.80 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 2359.50 Mk., Gemassregelterunterstützung 97.40 Mk., 12 Proz. für örtliche Ausgaben 571.08 Mk., Summa 4752. — Mk. Mitgliederbestand am Schluss des letzten Quartals 938, Eingetreten im Einschreibegeld 55, ohne Einschreibegeld 20, aus anderen Zahlstellen 8, zusammen 1021. Ausgeschlossen wegen Beitragsresten 36, freiwillig 1, zu anderen Filialen 98 (Gründung der Lichtdrucker-Filiale), abgereist 5, zusammen 140. Mitgliederbestand 881. Kollege Borisch bemerkt hierzu, dass trotz des verringerten Mitgliederbestandes der Markenverkauf höher geworden ist, was sehr leicht auf die stattgefundene Bücherkontrolle zurückzuführen ist. Auf Antrag der Revisoren, welche Bücher und Kasse geprüft und alles in bester Ordnung gefunden haben, wurde Kollege Borisch einstimmig entlastet. Nimmehr nahm Dr. Arons das Wort zu seinem Vortrag. Anknüpfend an den Vortrag des Dr. Lichtenberg in der letzten Versammlung, welcher den Genuss aller alkoholischen Getränke prinzipiell verwarf, ist der Referent der Meinung, dass derselbe doch wohl das Kind mit dem Bade ausschüttet. Als in den Jahren 1830—40 eine halbe Million Menschen dem Alkohol entsagte, infolgedessen 18 Brennereien eingingen, entstanden 261 Vereine zur Bekämpfung des Alkohols. Jedoch im Jahre 1847 zeigte es sich, dass der Erfolg dieser Bestrebungen kein dauernder war, die Menschen hatten kein Verständnis, was der immerwährende Genuss des Alkohols zu bedeuten hatte. Was bringt die Arbeiter zum Schnapstrinken?

Dr. Arons führt die Hauptpunkte an. Erstens: Die schlechte Ernährung. Der Körper des Menschen ist eine Maschine, der Magen ist der Kessel. Durch Zuführung schlechter Nahrung kann keine Erwärmung dieses Kessels eintreten; der Alkohol soll diese Arbeit machen; doch ist gerade für die allerärmsten Kreise der Schnaps doppelt schädlich; sie trinken den allerschlechtesten Fusel, wovon der grösste Teil nicht gereinigt ist. Von ärztlicher Seite wird immerfort der Reinigungszwang, welcher durch geeignete Apparate leicht und billig durchzuführen ist, verlangt, leider macht die Regierung durch die Macht der Junker hierzu keine Anstalt. Hier muss der aufgeklärtere Teil der Arbeiter vor dem Genuss des Fusels warnen und dafür eintreten, dass diese allerärmsten Kreise zunächst eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erreichen. Zweitens: Die überlange Arbeitszeit. Durch lange Arbeitszeit ermüdet die Muskelthätigkeit; um diese Thätigkeit wieder zu beleben, wird durch Schnaps scheinbar eine längere Ausdauer erreicht. Der Referent weist auf Mecklenburg hin, dort erhalten die Gutsknechte den Schnaps frei, um die Leistungen zu erhöhen, gleichzeitig um die mangelhafte Ernährung auszugleichen. Drittens: Die euphorische Wirkung, d. h. Erregung von Lustgefühl. Wie schädlich für den Arbeiter gerade die Sonntagskneipei, beweist am besten die Unfallstatistik. Nach derselben kommen die meisten Unfälle des Montags vor in der Zeit von morgens 6 bis 9 Uhr. Nach dieser Zeit bis zum Ende der Woche werden die Unfälle geringer. Somit ist diese Sonntagskneipei eine persönliche Gefahr für den Arbeiter und die Erregung dieses Lustgefühls durch nichts gerechtfertigt. Was lässt sich nun dagegen thun? Der Frau zunächst zur Lehre, dass die Kinder weder Schnaps noch Bier erhalten; zur Zeit der Schwangerschaft soll dieselbe kein sogenanntes Ammenbier trinken, damit wird der grösste Schwindel getrieben. Zweitens die Behandlung des Mannes. Bereitung schmackhafter Speisen, Sauberkeit in der Wirtschaft, statt Schnaps soll sie dem Manne Thee mit Zucker, Kaffee weniger, vorsezzen. Ferner soll die Frau nicht darauf bestehen, vorausgesetzt, dass der Mann Schnaps trinkt, keinen Schnaps mehr im Hause zu halten, da dies gewöhnlich das Gegenteil bewirkt. Der Mann soll es sich angelegen sein lassen, zunächst von Schnaps auf Bier überzugehen. Eine weitere Unsitte ist, bei jedem Glas Bier einen Schnaps zu trinken, um immer mehr Bier hinein zu bekommen; mit diesem Modus muss man brechen. Gegen die Trinksitte sollen sich alle, die es ernst meinen, wenden und protestieren. Ferner weist Dr. Bär von der Strafanstalt Plötzensee nach, dass jährlich 50000 Deutsche wegen groben Unfug, begangen in der Trunkenheit, vor den Strafrichter kommen. Genosse Dr. Arons empfiehlt das Buch von Dr. Grothjan »Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Schädlichkeit«, zuerst erschienen bei Wiegand in Leipzig 1898, und schliesst mit dem Satz aus der Resolution, welche auf dem österreichischen Parteitag 1901 gestellt wurde: »Der Parteitag ist der Überzeugung, dass jede möglichste Zurückdrängung des Alkoholismus eine Stärkung des Proletariats in sich schliesst.« — An der sehr interessanten und lebhaften Diskussion beteiligten sich die Kollegen Fisch, Wurtzel, Rose, Henkel, Schryer, Schotes und Braun. Erstere im Sinne des Referenten, letzterer dagegen. In seinem Schlusswort stellt Dr. Arons einige Irrtümer des Kollegen Braun richtig, und bemerkt in Bezug auf den Antrag des Grafen Douglas »Die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs in den Arbeiterkreisen«, gestellt vor kurzer Zeit im Abgeordnetenhaus, wo derselbe die Arbeiter, sowie die Partei in ganz gemeiner Weise beschimpfte; dass dem Arbeiter in erster Linie die Pflicht erwächst, die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu erringen, desto leichter wird er den Feind des Menschen, den Schnaps besiegen. — Zum letzten Punkt gab Kollege Borisch noch einen kurzen Bericht der Leipziger und Dresdener Versammlung, Schluss 12. Uhr.

**Nürnberg.** Zum Beschluss des Ausschusses (siehe letzte No. der Gr. Pr.) habe ich die Erklärung abzugeben, dass ich die öffentliche Rüge anerkenne, ich thue dieses umso mehr, da es mir durchaus ferngelegen hat, durch den letzten Satz meiner »Klarstellung« in No. 30 die Kollegen vom Ausschuss in der Öffentlichkeit herabzuwürdigen.

Die öffentliche Bekanntmachung der Ausschussklärung hat eine sehr gute Seite, sie wirft jene Behauptung, die Mitglieder des Ausschusses ständen lediglich unter meinem Einflusse, in das Reich der Fabel.

Die Kollegenschaft ersieht, dass mir sofort dort, wo ich gefehlt habe, ganz gehörig auf die Finger geklopft wird und das ist im Interesse unserer Sache am Platze.

**O. Ries.** Reichenbach. Die Versammlung des Vereins der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen Deutschlands Einzelmitglieder Reichenbach i. V. welche am 1. August abgehalten und als Referenten Kollegen O. Ries hatte, war sehr gut besucht. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage, folgte eine eingehende Diskussion und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

»Die heutige Versammlung der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen zu Reichenbach i. V. erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen O. Ries einverstanden und tadelt auf's Schärfste das inkonsequente Verhalten des Kollegen Tischendörfer.

Sie richtet an Tischendörfer das dringende Ansuchen seine Stelle als Hauptvorstandsmitglied aufzugeben und für den Fall, dass er dies nicht thut, beantragt die Versammlung den Ausschluss Tischendörfer durch Urabstimmung.

Anwesend waren 20 Mitglieder. Schluss der Versammlung 11 Uhr.

O. S.

**Stuttgart.** Am Donnerstag, den 17. Juli fand hier eine vom Sonderverband einberufene öffentliche Versammlung statt, welche so schlecht besucht war, dass es eigentlich kaum lohnte, dieselbe zu eröffnen. Als sich trotzdem der »Vorsitzende« der »Sonder-Zahlstelle« Kollege Schmidt dazu entschloss, waren vom alten Verband ungefähr 10 Kollegen und im übrigen noch 8 Kollegen erschienen, die wahrscheinlich eine höhere Zahl repräsentierten als die »hiesige Zahlstelle« des Sonderverbandes Mitglieder zählt. Die Kollegen des alten Verbandes hatten somit die Majorität und wählten dieselben Kollegen Schmidt zum Vorsitzenden und Kollegen Mutschke zum Schriftführer. Sodann hielt Kollege Herbst aus Nürnberg ein ca. einstündiges Referat, in welchem er zuerst den Wert einer strammen Organisation (worunter natürlich der Sonderverband gemeint ist) schilderte, dann allmählich übergehend auf die Trennung zwischen Lithographen und Drucker. Nach der Ansicht des Kollegen Herbst besteht zwischen Lithograph und Drucker eine unüberbrückbare Kluft. Die Grundlage des alten Verbandes sei vernunftwidrig, die Mehrzahl im alten Verband seien Drucker und auch die führenden Personen seien gewöhnlich Drucker, sodass die Lithographen durch dieselben majorisiert und zurückgesetzt würden. Durch die Privatlithographie, sowie durch das mehr und mehr umschlingende Heimarbeiten sei zwischen Lithograph und Drucker auch räumlich kein Zusammenhang mehr und hätten sich die Lithographen gezwungen gesehen, um ihre Interessen besser wahren zu können, ihre eigenen Wege zu gehen. Redner weist darauf hin, dass, wenn die Lithographen im neuen Verband sich gekräftigt hätten und wenn sich das Solidaritätsgefühl bei denselben vertieft habe, noch eine Zeit kommen könne, in welcher ein Friede mit dem alten Verband hergestellt werden könne. Die Angriffe gegen den neuen Verband entstehen gewöhnlich aus Unwissenheit oder Börsartigkeit. Redner schliesst mit den Worten, »wir stehen durch unsere Bestrebungen im Dienst der allgemeinen Arbeiterschaft und im Dienste der Kultur.« — Die nun folgenden Redner Bauknecht, Dürr und Mutschke bekämpften in längeren oder kürzeren Ausführungen die Meinung des Referenten, dass zwischen Lithographen und Steindruckern eine Kluft vorhanden sei und erinnern im übrigen Kollegen Herbst an sein in Saalfeld gegebenes Versprechen, er habe dasselbe bis heute nicht gehalten, sondern sein Wort gebrochen. Was die Bemerkung des Referenten anbetrafte, in Zukunft vielleicht noch einen Frieden mit dem alten Verband herzustellen, so seien sie der festen Überzeugung, dass dieselbe nur auf den Gimpelfang gerichtet sei. Nachdem noch Kollege Herbst den Versuch gemacht hatte, sich in seinem Schlusswort zu verteidigen, wurde folgende Resolution mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen:

»Die heute den 17. Juli im Restaurant Dinkelacker stattfindende öffentliche Versammlung der Lithographen, Kartographen und im graphischen Fach thätigen Zeichner und Reproduzenten erklärt sich nach Anhörung des Referenten Herrn Herbst-Nürnberg nicht mit dessen Ansichten (Sonderorganisation) einverstanden, sondern hält als die einzige richtige Form im wirtschaftlichen Kampf die Zentralorganisation der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen.«

Dass in Stuttgart kein Boden mehr für eine Sonderorganisation vorhanden ist, wird Kollege Herbst nun wohl selbst einsehen, denn wenn auch von Stuttgart aus der erste Anstoss zu einer Sonderorganisation gegeben wurde, so haben doch die Stuttgarter Lithographen wieder schnell einsehen gelernt, dass nur im festen Zusammenschluss der Gesamtheit ihr Heil für die Zukunft liegt.

H. M . . . . .

**Schlettau.** Am 19. Juli 1902 hielt die Zahlstelle Schlettau ihre ordentliche Monatsversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Protokollverlesen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wahl von zwei Beisitzern; 4. Abrechnung für das 2. Quartal; 5. Wirtschaftliche Rundschau; 6. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes gab Kollege Stügl eine Neuaufnahme bekannt. Aus der Quartalsabrechnung war zu ersehen, dass Einnahmen und Ausgaben mit 100 Mk. balancieren. Mitgliederbestand am Schluss des Quartals 22. Aus der Wahl als Beisitzer gingen die Kollegen K. Eichelberger, sowie Alfred Schreiter hervor. Punkt 5 gab eine äusserst rege und lebhafte Debatte. Es zeigte sich, dass hier vieles faul im Staate Dänemark ist, so sind die Verhältnisse am hiesigen Ort durch das schneidige Auftreten des allbekannten Aucklologen und Obermaschinenmeisters Kaptner keine allzu rosigem mehr zu nennen. Kollege Stügl machte die Kollegen aufmerksam auf das Zirkular des Hauptvorstandes betreffs des Ueberstundenwesens, sowie der von vielen Kollegen beliebten grossen Tagesleistungen an der Maschine. Ein Kollege war in der Lage, interessante Thaten der Firma Schiewick, Lithographische Anstalt in Buchholz i. S., zu erzählen, welche oft, so traurig sie sind, grosse Heiterkeit erregten. So soll das Material keineswegs das beste sein. Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen sowie

